



Eine nachhaltige und soziale weitläufige Stadtentwicklung kann nur gelingen, wenn alle Bevölkerungsschichten berücksichtigt und alle Einwohner*innen eine reelle Chance auf ein lebenswertes Zuhause in Wülfrath bekommen. Menschen, die bereits in Wülfrath leben oder zukünftig leben möchten, müssen grundlegenden Voraussetzungen der Daseinsvorsorge wie Wohnen und Infrastruktur erhalten bzw. vorfinden. An dieser Stelle ist die Stadt gefordert gezielt Einfluss zu nehmen.

Eine zukunftsorientierte Stadtentwicklungsplanung ist eine fachübergreifende Aufgabe im Sinne des Gemeinwohls und das äußert sich in einen möglichst einfachen Zugang aller Stadtbewohner*innen zu Ressourcen, die ihre Ansprüche an Wohnen, Erholen sowie Lernen und Arbeiten erfüllen.

Konkret ausgedrückt bedeutet das: Für den Anspruch des Erholens ein breites Sport- und Kulturangebot, Park- und Grünanlagen, ein lebhaftes Stadtleben und öffentliche Räume mit hoher Aufenthaltsqualität. Diese Entwicklung haben Investoren nicht im Blick, denn sie sehen den Bau von Luxuswohnungen und Wohneigentum als gewinnbringendes Geschäft. Auch wenn Immobilieninvestoren uns Glauben machen wollen, dass hohe Grundstückspreise und explodierende Baukosten ihnen „den Schlaf rauben“, die Wirklichkeit belehrt uns eines anderen.

Ein großes Problem stellen die fehlenden Ressourcen in der Verwaltung für ein aktives Flächenmanagement dar. Hier muss personell aufgestockt werden.

Die entscheidende Stellschraube für mehr ausgewogenen, den Bedürfnissen der Menschen entsprechenden Wohnungsneubau, bleibt eine strategische und aktivierende Liegenschaftspolitik der Stadt. Als städtische Tochter ist auch die GWG gefordert mit der Stadt an einem Strang zu ziehen. Flächen wie das Düsseler Tor oder der Sportplatz in Düssel „schreien förmlich“ nach einer sinnvollen Bebauung. Beide Flächen liegen seit Jahren brach. Gerade weil wir im Bereich der sozial gebundenen Wohnungen einen rückläufigen Bestand verzeichnen, muss endlich gehandelt werden.

DIE LINKE.
Ortsverband Wülfrath

Wer wie die CDU auf private Investoren setzt, muss diese zumindest verpflichten, günstige Wohnungen zu bauen. Ansonsten wird sich die Lage auf den Wohnungsmarkt weiter verschärfen. Der sicherste Weg ist und bleibt jedoch der Bau von sozial gebundenen und barrierefreien Wohnungen durch die Öffentliche Hand!

Digitale Endgeräte für den Schulunterricht sind sozialrechtliche Bedarfe für Bildung und Teilhabe !



Im Rahmen des DigitalPakts Schule sollen die Schulen für einen modernen, digital gestützten Unterricht ausgestattet werden. Die Bedeutung digitaler Anteile am Schulunterricht und damit auch die Ausstattung mit entsprechenden Endgeräten wird – auch unabhängig von der aktuellen Pandemie-situation - zunehmen. Schüler*innen aus einkommensarmen Haushalten, die über solche Geräte nicht verfügen, sind von vorneherein benachteiligt und werden auf lange Sicht dem Unterrichtsstoff nicht adäquat folgen können und dadurch abgehängt werden. Die Ausstattung aller Kinder mit digitalen Endgeräten ist daher Voraussetzung für die Ermöglichung ihrer schulischen und gesellschaftlichen Teilhabe und daher als sozialrechtlicher Bedarf anzuerkennen und die Kosten sind von den Sozialleistungsträgern zu übernehmen. Das sahen auch verschiedene Sozialgerichte so und bewilligten den Schüler*innen Zuschüsse zur Anschaffung von PCs, Laptops, Tablets und Zubehör für den Schulunterricht.

Mehr Infos unter: www.tacheles-sozialhilfe.de

- **Energieversorgung – demokratisch und in Bürgerhand, statt Wettbewerb und steigende Preise.**
- **CO2-Ausstoß reduzieren – sozial und gerecht.**
- **Mehr Mobilität mit weniger Verkehr.**



DIE LINKE. macht den Unterschied